

Der Vollzugsdienst

3/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD Bundeshauptvorstands- sitzung und Tarifvertreter- treffen in Wuppertal

Sönke Patzer ist neues
Mitglied in der Bundesleitung

Seite 2

Belastungen und Anspannungen werden sehr ernst genommen!

Extrem ausgeprägte Überbelegung
in den Justizvollzugsanstalten

Seite 5

Kapazitätsengpässe und Probleme bei der Personal- gewinnung im NRW-Strafvollzug

Minister Peter Biesenbach stellte
sich den Fragen der Delegierten

Seite 45

Foto: © IckeT/AdobeStock

Sind die Dienstpostenbewertungen im deutschen Strafvollzug noch angemessen und zeitgemäß?

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen-Anhalt

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Sind die Dienstpostenbewertungen im deutschen Strafvollzug noch angemessen und zeitgemäß?
- 2 BSBD Bundeshauptvorstand tagte in Wuppertal
- 3 Treffen Arbeitskreis Tarif: „Wir wollen gesehen und anerkannt werden!“
- 4 Altersdiskriminierung ist eigentlich verboten
- 4 Datenschutz: Mehr Rechte für Kunden

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 24 Berlin
- 28 Brandenburg
- 29 Bremen
- 30 Hamburg
- 32 Hessen
- 39 Mecklenburg-Vorpommern
- 43 Niedersachsen
- 45 Nordrhein-Westfalen
- 59 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 71 Thüringen
- 64 Impressum

FACHTEIL

- 73 Beförderungsverfahren – Akteneinsicht in den Auswahlvorgang



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 4-5/2018:



16. Oktober 2018



BSBD Förderverein hat neuen Vorstand

Anlässlich der Landesausschusssitzung des BSBD Rheinland-Pfalz hatte der Vorsitzende, Klemenz Heinzenburger, im Anschluss die Mitglieder des Fördervereins nach Sembach eingeladen.

Nach Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit konnte man in die Tagesordnung einsteigen. Seit 10 Jahren besteht der rheinland-pfälzische Förderverein des BSBD. **Heinzenburger** berichtete in seinem Geschäftsbericht über die letzten Jahre und die Aktivitäten des Vereins. Fakt ist, dass der Verein erfreulicherweise über ein sehr solides Finanzpolster verfügt. Im Auftrag des verhinderten Kassenprüfers, **Hans Josef Wagner**, verlas der BSBD Landesvorsitzende **Winfried Conrad**, den Kassenprüfungsbericht. Schatzmeister **Gerd Fehmer** wurde eine korrekte und sehr übersichtliche Kassenführung bescheinigt. Der Antrag auf Entlastung des Kassenführers und des Vorstandes erbrachte das erwartete Ergebnis, **Gerd Fehmer** und dem Vorstand wurde die Entlastung erteilt. Nach der Wahl von **Conrad** als Wahlleiter dankte dieser zunächst dem scheidenden Vorsitzenden **Klemenz Heinzenburger** und seiner Truppe für die erfolgreichen letzten Vereinsjahre. Fast alle Vorstandsmitglieder standen nicht mehr zur Wahl.



Von links nach rechts: **Werner Schäfer, Michael Schäfer, Harald Kuhn, Hans Dieter Gattung, Dieter Kircher und Mark Schallmo.** Foto: BSBD-LV

Die Neuwahlen erbrachten folgendes Ergebnis:

- Vorsitzender: **Dieter Kircher**
- Stellv. Vorsitzender: **Werner Schäfer**
- Kassenleiter: **Volker Mottausch**
- Schriftführer: **Michael Schäfer**
- Beisitzer: **Hans Dieter Gattung und Harald Kuhn**
- Kassenprüfer: **Mark Schallmo und Klemenz Heinzenburger**

Landesvorsitzender **Conrad** wünschte dem neuen Vorstand alles Gute für seine zukünftige Arbeit.



Schulungsgruppe Personalräte 1/2018.

Foto: BSBD-LV

Das Personal liegt uns am Herzen

Zweitägige Personalräteschulung mit interessanten Themen

Die erste Personalräteschulung des BSBD im Jahr 2018 war gut besucht. 25 Kolleginnen und Kollegen aus der rheinland-pfälzischen Justiz und des Justizvollzuges hatten sich für diese Veranstaltung gemeldet.

Kollege **Mark Schallmo**, Personalratsvorsitzender der JVA Rohrbach, war als erster Referent gefordert. Das Thema des Vortrags befasste sich mit den Beteiligungsrechten nach S 84 ff. Die im 3. Abschnitt des LPersVG beschriebenen sonstigen Beteiligungen standen im Fokus des Vortrags. Zunächst wies der Referent darauf hin, dass die Erörterung nach Paragraph 84 rechtzeitig und eingehend zu erfolgen hat. Dagegen steht jedoch die neue Weisung des Dienstherrn, die Personalvertretung nicht zu früh zu beteiligen. Eine Anweisung, die konträr zur Vorgabe des Gesetzes steht.

Der Nachmittag stand im Zeichen des Gesundheitsmanagements. Als fachkundigen Referenten zu diesem Punkt konnte der Kollege **Ingfried Klahr** gewonnen werden, der über eine langjährige Erfahrung zu dieser Thematik ver-

fügt. **Ingfried Klahr** erläuterte, dass seit fünf Jahren der Dienstherr gesetzlich dazu verpflichtet ist, eine psychische Gefährdungsbeurteilung für jeden Arbeitsplatz zu erstellen. Geschehen ist bisher nichts oder sehr wenig. Hier sind jetzt die Personalräte aufgerufen die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten einzufordern.

BEM – das betriebliche Eingliederungsmanagement stand im Mittelpunkt des zweiten Schultages. **Stefan Ternes** informierte über die gesetzlichen Vorgaben des Sozialgesetzbuches SGB. Wegen steigender Krankenzahlen ist das Thema auch für den Bereich der Justiz ständig präsent.

In einem weiteren Teil der Schulung wurden Fälle aus der Praxis in Form von Rollenspielen abgearbeitet. Es ging dabei um die Einrichtung eines Sozialraumes, die Verbesserung des Betriebsklimas, Maßnahmen im Krankheitsfall und die Weigerung eines Personalrates, den Betriebsausflug durchzuführen.

Sehr engagiert und motiviert setzten die Teilnehmer die ihnen gestellten Aufgaben um.



Vertrauensvolle Zusammenarbeit!

... gibt es sowas in der Praxis?

Diese provozierende Fragestellung wurde im Kreis der zum Schulungsort angereisten Personalvertreter sehr engagiert diskutiert. Fast 30 Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der örtlichen Personalräte des Landes Rheinland-Pfalz hatten den Weg zur Tagungsstätte in Schönstatt bei Koblenz angetreten.

Am ersten Seminartag stand zunächst der Erfahrungsaustausch auf dem Programm. Schulungsorganisator **Winfried Conrad** informierte sehr ausführlich über die aktuellen Entwicklungen im Justizvollzug. Nach einem Gespräch zwischen dem Justizminister **Herbert Mertin** und Vertretern des Hauptpersonalrates Bereich Strafvollzug gab es viel Spannendes zu berichten. Die geplanten Einsparungen von 50 Stellen seien bis mindestens zum Doppelhaushalt 2021/2022 ausgesetzt.

Zusätzliche Anwärterstellen und eine Anhebung der Gitterzulage sollen bei der Haushaltsanmeldung beantragt werden. Nach dem Infoblock wurden noch einige Fälle aus der Praxis ab-



Seminargruppe PR Schulung.

Foto: BSBD-LV

gearbeitet. Der Nachmittag stand im Zeichen der Grundsätze der Mitbestimmung, dem Verfahren nach § 74 LPersVG und der Einigungsstelle nach § 75LPersVG. Referent **Jürgen Engelbrecht** führte hier kurzweilig durch den Unterrichtsstoff.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des Referenten **Michael Bach**. Kollege **Bach** – von Beruf Diplom Psychologe

und ein sehr erfahrenes Personalratsmitglied – referierte über das Konfliktmanagement in der Personalratsarbeit. Konflikte gibt es genug, so die Teilnehmer der Veranstaltung. Vermittelt werden sollte in der Schulung wie man als Personalvertretung angemessen mit den Situationen umgeht.

Eine weitere Personalräteschulung ist noch für November geplant.

Justizminister Mertin übergibt Ernennungsurkunden

Abschlussfeier des Lehrgangs A2/ 17 in der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz

Am 24. April 2018 schlossen **22 neue Justizvollzugsbedienstete** ihre zweijährige duale Ausbildung mit dem Bestehen der mündlichen Laufbahnprüfung an der **Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz** in Wittlich ab. Angesichts der aktuell doch sehr ange-

spannten Personalsituation in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes freute sich **Justizminister Herbert Mertin** deshalb umso mehr, die jungen Beamtinnen und Beamten bei der sich anschließenden feierlichen Übergabe der Ernennungsurkunden offiziell im

Dienst des Strafvollzugs willkommen heißen zu können. Als bester Absolvent dieses Lehrgangs wurde **Felix Paul** von der Jugendstrafanstalt Wittlich ausgezeichnet.

Text/Foto: Petra Eife
Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz



Die erfolgreichen Absolventen der Laufbahnprüfung mit Justizminister Herbert Mertin sowie dem stellvertretenden Abteilungsleiter Strafvollzug im JM Herrn Messer (2.v.r.) und dem Bildungsbeauftragten Herrn Zaschel (1.v.r.).

Neue Verwaltungslaufbahn – viele offene Fragen

Zuständige Mitarbeiter im Ministerium sind nicht gesprächsbereit

Nachdem schon seit über einem Jahr über die Möglichkeit der Einführung einer Verwaltungslaufbahn für den rheinland-pfälzischen Justizvollzug im Ministerium gesprochen wird, hat sich nun auch der BSBD in einer Arbeitsgruppe mit der Idee beschäftigt.

Im Herbst des vergangenen Jahres wurde offensichtlich in einer Fortbildungsveranstaltung sehr intensiv über die Einführung einer eigenständigen Laufbahn für den Verwaltungsdienst gesprochen.

Die bisherige Verfahrensweise, Personal aus dem Kreis des AVD zu rekrutieren, wurde kritisch gesehen. Die Kolleginnen und Kollegen müssen weiterhin

keine positiven beruflichen Zukunftsaussichten – insbesondere keine Beförderungsmöglichkeiten – gewährleisten konnte.

Viele Bundesländer sind diesem Weg gefolgt, nur einige wenige haben noch eine Verwaltungslaufbahn – verbunden mit vielen Schwierigkeiten – so unsere Erkenntnisse.

Nun herrscht im Kreise der Kolleginnen und Kollegen die in der Verwaltung arbeiten, eine große Verunsicherung.

Der BSBD hat eine Arbeitsgruppe gebildet

Um dieser Verunsicherung nun entgegenzuwirken hat der BSBD eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. In dem ersten Treffen wurden Fragen formu-



Mitglieder der BSBD Arbeitsgruppe.

Foto: BSBD-LV

ihre Sonderdienste – Nacht- und Wochenenddienste – leisten und stehen somit nicht durchgängig im Verwaltungsbereich zur Verfügung.

Auch die gewachsenen Anforderungen an die Betroffenen erfordere eine qualifizierte Ausbildung in den Verwaltungsbereichen.

Eigenständige Verwaltungslaufbahn wurde abgeschafft

In Rheinland-Pfalz gab es schon einmal, vor längerer Zeit, eine sogenannte eigenständige Verwaltungslaufbahn. Diese wurde dann aber wieder abgeschafft, da man den Laufbahnangehö-

liert, die die Betroffenen beschäftigen und die einer Klärung bedürfen.

Mit diesem Fragekatalog hätte man gerne beim Ministerium vorgesprochen, um damit frühzeitig Gerüchten vorzubeugen und Vorbehalte auszuräumen.

Auf unsere Nachfrage waren die zuständigen Mitarbeiter im Ministerium zu einem Gespräch jedoch nicht bereit.

Wir als Gewerkschaft und die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden weiterhin ergebnisoffen die Willensbildung in der Aufsichtsbehörde begleiten und sind selbstverständlich für Gespräche jederzeit offen.